

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem: Einleitung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1993) : Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem: Einleitung, In: Jürgen Kocka (Ed.): Historische DDR-Forschung: Aufsätze und Studien, ISBN 3-05-002463-1, Akademie Verlag, Berlin, pp. 9-26

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112566>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

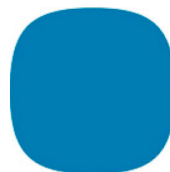
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung

Der tiefe Umbruch von 1989/90 hat Auswirkungen auf die Art, in der sich die Gegenwart zu ihrer Vergangenheit verhält. Auch die Historiker läßt er nicht unbeeinflußt. Sie haben den Umbruch zum Anlaß genommen, über das Verhältnis von Struktur und Ereignis, von Erklärung und Überraschung neu zu diskutieren. Die gewaltlose Revolution von 1989 hat dazu geführt, Begriff und Problematik der Revolution neu zu bedenken. Der enge Zusammenhang zwischen der inneren Geschichte der Gesellschaften und der Geschichte ihrer Außenbeziehungen im internationalen Zusammenhang ist an sich bekannt; die letzten Jahre haben ihn dramatisch bestätigt, auch dies wird den Blickwinkel zukünftig prägen. Die gängige Periodisierung dieses Jahrhunderts ändert sich, der Einschnitt von 1917 verliert an Bedeutung. Nach kurzer Triumphstimmung scheint das historische Selbstverständnis westlicher Demokratien unsicherer zu werden, nachdem ihm die stabilisierende Herausforderung durch die östlichen Diktaturen abhanden gekommen ist. Wie sehr einige unserer Kategorien in der Erfahrung und intellektuellen Verarbeitung des West-Ost-Konflikts verankert waren, beginnt sich erst langsam zu zeigen. Nicht nur das politische, auch das intellektuelle Koordinatensystem ist in rascher Veränderung begriffen, und die Arbeit der Historiker wird dadurch geprägt.¹

In Deutschland gewinnt diese allgemeine Problematik besondere Schärfe. Nirgendwo sonst spielen sich die Überwindung des West-Ost-Gegensatzes und der Versuch, den Osten zu verwestlichen, im Rahmen ein und desselben Landes ab, das dadurch nicht nur seine staatliche Erstreckung und Form, sondern auch seine politischen und gesellschaftlichen Inhalte wandelt. Der Umbruch von 1989/90 stellt die einschneidendste Zäsur der deutschen Geschichte seit 1945 dar. Die deutsche Vereinigungskrise reicht tief. Die sie begleitende intellektuelle Debatte ist lebhaft, leidenschaftlich und kontrovers, oft unsicher und zunehmend pessimistisch. Westdeutsche und ostdeutsche Historiker haben sich daran intensiv beteiligt.²

¹ Vgl. K. Tenfelde, 1914 bis 1990: Die Einheit der Epoche, in: M. Hettling u. a. (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? München 1991, S. 70–80. Demn. ein von R. Vierhaus hg. Band in der Reihe des Historischen Kollegs München zum Einfluß des Umbruchs von 1989/90 auf die Geschichtswissenschaft, mit zahlreichen Beiträgen.

² Vgl. U. Wengst (Hg.), Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdebatte (Februar 1990–Juni 1991), Bonn 1992; R. Eckert u. a. (Hg.), Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992; s. bereits K. Jarausch (Hg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991; zuletzt M. Kossok (+), Im Gehäuse der selbstver-

Die Auswirkungen von Wende und Vereinigungskrise auf die Interpretation der Geschichte Deutschlands im zwanzigsten Jahrhundert sind noch nicht klar. Zeichnet sich eine Rückwendung zur Nationalgeschichte ab oder setzt sich eher – in Verarbeitung der Erfahrung der letzten Jahrzehnte – die Einsicht in die gesamteuropäisch-internationale Bedingtheit der deutschen Geschichte durch? Wird nach 1989/90 die Bedeutung des Einschnitts von 1945 verblasen? Oder zwingt die kritische Bearbeitung der DDR-Geschichte zum genaueren und intensiveren Blick auf die Geschichte des Nationalsozialismus, wie umgekehrt die historische Bearbeitung der DDR von den Erfahrungen der NS-Geschichtsforschung lernen kann? Wie wird die Geschichte der DDR in unsere Bilder von der deutschen und europäischen Geschichte integriert? Und was ändert sich dadurch am Verständnis der Bundesrepublik, die, fest in den Westen eingefügt, das Ende des verhängnisvollen „Deutschen Sonderwegs“ zu dokumentieren schien?³

Jüngste Veränderungen im Bild von der Geschichte der DDR

Für all diese Fragen ist die Geschichte der DDR zentral. Seit der Wende hat sich ihr Bild erheblich geändert, die Konturen und Inhalte sind weiter im Fluß.

Zunächst und vor allem: Der Zusammenbruch der DDR hat Quellen und Informationen zu ihrer Geschichte in einem Ausmaß freigegeben, wie man es sonst nur nach tiefen, bedingungslosen Kriegsniederlagen kennt. Zu einem großen Teil sind es Informationen, die Beobachtern und Historikern bis 1989 nicht zur Verfügung standen und oft als Geheimnisse geschützt wurden.⁴ Im Ergebnis hat sich das Bild der DDR weiter verdüstert, jedenfalls im Westen. Was in ihr an Unterdrückung und Überwachung der Menschen wie an fortwährender Beschädigung der Natur üblich und gängig war, ist heute viel genauer bekannt – und vorbehaltloser zur Kenntnis genommen – als vor 1989. Die defizitäre Leistungskraft der DDR-Gesellschaft wird in den neuesten Studien betont. Seit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker scheint die DDR ihre Ressourcen überzogen und über ihre Verhältnisse gelebt zu haben. Ihre Geschichte seit Anfang der 70er Jahre erscheint manchen als langfristig angelegter Prozeß der Selbstzerstörung, der 1989/90 seinen Endpunkt er-

schuldeten Unmündigkeit oder Umgang mit der Geschichte, in: *D. Keller u. a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 1, hg. v. PDS/Linke Liste im deutschen Bundestag, Bonn/Berlin 1993, S. 10–26; *W. J. Mommsen*, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: *APZ*, B 29–30/93, 16. Juli 1993, S. 20–29. Vgl. auch *G. Schöllgen*, Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993. – Anfang 1994 erscheint ein Heft der ZfG mit Beiträgen zur Geschichtswissenschaft in der DDR, hg. v. *W. Hardtwig*, mit zahlreichen Beiträgen von Historikern der DDR. Es ist also nicht richtig, einen Trend „vom Historikerstreit zum Historikerschweigen“ zu konstatieren. So der Titel einer Polemik von *H. James* im Berliner Siedler Verlag 1993.

³ Einige Überlegungen bei *J. Kocka*, Folgen der deutschen Einigung für die Geschichts- und Sozialwissenschaften, in: *DA* 25, 1992, S. 793–801, 799 ff.; *A. Doering-Manteuffel*, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: *VfZ* 41, 1993, S. 1–29; als Reflex neuer Stimmungen: *R. Zitellmann u. a. (Hg.)*, Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin 1993.

⁴ Vgl. *R. Jessen*, Die Akten und das Chaos. Eine quellenkritische Zwischenbilanz zur Geschichte der DDR, in: *DA* 25, 1992, S. 1202–1203; *Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten*, 3 Bde., Berlin 1992.

reichte.⁵ Man weiß heute mehr über Einzelheiten und Fundamente der DDR als zur Zeit ihrer Existenz. Nach ihrem Ende ist überdies der Raum für Illusionen geschrumpft, die Wirkung propagandistischer Täuschung dahin, die Möglichkeit zur Selbsttäuschung geschwunden, ein Zuwachs an Erkenntnis hat stattgefunden. Gleichwohl wird es in Zukunft darauf ankommen, im Kopf zu behalten, daß vieles von der Geschichte des Lebens in der DDR nicht oder nur ganz verzerrt in Akten festgehalten ist. Es wird darauf ankommen, das sich wandelnde Wechselwirkungsverhältnis zwischen der diktatorischen Herrschaft und den vielfältigen Weisen zu erforschen, in denen die Menschen mit ihr umgingen – von unterstützender Kooperation über Apathie und Rückzug ins Private bis hin zur Resistenz und Opposition. Und es wird auf die vergleichende Einordnung der DDR-Erfahrungen ankommen, mit Genauigkeit und Augenmaß.

Zeithistoriker haben in der Regel unabgeschlossene Prozesse und Verläufe zu untersuchen. Deren langfristige Wirkungen, Folgen und Nebenfolgen kennen sie nicht. Dies erschwert die Beurteilung.⁶ Das Ende der DDR hat manche Unsicherheit beseitigt. Nun kann man in Rechnung stellen, wohin sie geführt hat, wie sie zu Ende gekommen ist und welche Wirkungen sie – zunächst einmal – gezeitigt hat. In Kenntnis ihres Endes sieht manches an ihrer Geschichte anders aus, als es den Zeitgenossen und jenen Historikern erscheinen mußte, die vor 1989 urteilten und schrieben. Auch deshalb klärt und ändert sich das Bild von der Geschichte der DDR seit 1989/90. Man wird allerdings zu vermeiden suchen, unter dem eindrücklichen Erlebnis ihres Zusammenbruchs, die Geschichte der DDR nur noch als Vorgeschichte ihres Endes zu interpretieren, denn dieser Blickwinkel führt – absolut gesetzt – leicht zu Einseitigkeiten und bringt die Gefahr mit sich, die Frage nach den alternativen Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb historischer Konstellationen über Gebühr zu vernachlässigen.⁷ Außerdem sollte bedacht sein, daß die Wirkungsgeschichte der DDR noch nicht zu Ende ist. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich im Lichte der zukünftigen Spätfolgen des Umbruchs von 1989/90 und in sich verändernden Zusammenhängen auch die Interpretation der DDR-Geschichte erneut verschieben wird, in welche Richtung auch immer.

Das Ende der DDR liegt erst drei Jahre zurück. Ihr Erbe wirkt weiter, vor allem als bedrückende Last für das vereinigte Deutschland. Die Geschichte des untergegangenen Systems und die Biographien vieler heute lebender Menschen sind miteinander verknüpft und verwickelt, auf sehr verschiedene Weise, nicht nur im Osten. In bezug auf die DDR liegen Geschichte und Politik in engstem Gemenge.⁸ Mehr als bei der Beschäftigung mit allen anderen historischen Epochen und Problemen werden derzeit die Erforschung und Interpretation der DDR-Geschichte durch Betroffenheit und Erinnerung, durch praktische Orientie-

⁵ Vgl. die wohl derzeit beste Darstellung des Endes der DDR unter Betonung der Volksbewegungen und z. T. aus deren Perspektive: *H. Zwahr*, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993.

⁶ Vgl. *H. G. Hockerts*, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *APZ*, B 29–30/93, 16. Juli 1993, S. 3–19, 11f. mit schönen, einschlägigen Droysen-Zitaten in Anm. 43.

⁷ Es sei an die Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik erinnert, deren Deutung ebenfalls lange von der Erfahrung ihres Scheiterns und von der Frage nach dessen Ursachen dominiert worden ist. Vgl. dazu sehr gut *E. Kolb*, *Die Weimarer Republik*, München 2. Aufl. 1988, S. 143ff. – Inzwischen haben sich andere Perspektiven als ergänzend, modifizierend und fruchtbar erwiesen. Vgl. *D. J. K. Peukert*, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt 1987, S. 9ff.

⁸ Dies läßt sich besonders deutlich an der Bundestags-Enquête-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland zeigen, in der sich politische Willensbildungs- und wissenschaftliche Wahrheitsfindungsprozesse eigentümlich vermischen.

rungs- und Aufarbeitungsbedürfnisse, durch Wünsche nach Abrechnung, Sühne oder Versöhnung, durch moralisches und politisches Engagement, durch harte Kritik und vorsichtige Verteidigung, durch Kontroversen und Leidenschaften der Gegenwart vorwärts getrieben, geprägt und manchmal verzerrt. Es besteht die Tendenz, daß moralisch-politische Urteile der Gegenwart relativ ungefiltert auf die Interpretationen der DDR-Geschichte durchschlagen. Auch deshalb ändert sich unser Bild von ihr.

Für die Zeitgeschichte als wissenschaftliche Disziplin ist dies keine prinzipiell neue Situation. Wenn man sie mit Hans Rothfels als „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“ versteht,⁹ dann ist sie dadurch definiert, daß sie es mit einem spezifischen Verhältnis von Vergangenheit und Erinnerung, von Geschichte und Zeitgenossenschaft, von Distanz und Betroffenheit zu tun hat, das bei der Untersuchung weiter zurückliegender Zeitperioden nicht gegeben ist. Die wissenschaftliche Zeitgeschichte wird versuchen, jene außer- und vorwissenschaftlichen Anstöße als Chancen für Fragen und Forschungsanstrengungen zu nutzen, allerdings ohne sie einfach zu verstärken und ohne sich ihnen schlicht zu unterwerfen. Als Teil der Geschichtswissenschaft verfügt sie über Verfahren, um auch in einer Situation, die von leidenschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt ist, die nötige Distanz herzustellen und auch über sehr kontroverse Probleme zu Aussagen zu kommen, die intersubjektive Gültigkeit beanspruchen können und insofern objektiv sind.¹⁰ Eben darin liegt ihr spezifisches Potential, mit der sie, wie die Geschichtswissenschaft überhaupt, indirekt zu Aufklärung und Verständigung beitragen kann. Dazu braucht es neben ausgewiesener und einschlägiger Qualifikation der beteiligten Wissenschaftler eine institutionelle Basis, die Autonomie verbürgt und den Zugriff der politischen Parteien, Strömungen und Interessen verhindert.

Das Ende der Zweistaatlichkeit

Es entsprach der deutschen Zweistaatlichkeit, ihrem zwingenden Charakter und ihrer breiten Akzeptanz auf beiden Seiten, daß sich nicht nur die deutsche Historikerprofession teilte,¹¹ sondern auch viele Schriften zur deutschen Zeitgeschichte die Teilung als Interpretationsrahmen nahmen. Je später desto selbstverständlicher ist die deutsche Nachkriegs-Entwicklung einerseits als Geschichte der Bundesrepublik, andererseits als Geschichte der DDR dargestellt worden. Es gab Ausnahmen. Aber in der monographischen Spezialliteratur wie bei den Synthesen bestand doch unter westdeutschen Historikern die Tendenz, die Bundesrepublik getrennt von der DDR zu behandeln (und manchmal stillschweigend westdeutsche mit deutscher Geschichte gleichzusetzen), während umgekehrt ostdeutsche Geschichte im Rahmen der sich etablierenden eigenständigen politikwissenschaftlich-zeithistorischen Teildisziplin der DDR-Forschung behandelt wurde. Auch in der DDR war die Zeitgeschichte nach Personal und Produkten eindeutig zweistaatlich strukturiert.¹² Diese Teilung der

⁹ Vgl. H. Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: VfZ 1, 1953, S. 3–8.

¹⁰ Dazu zuletzt zutreffend Hockerts, a. a. O., S. 9–11; G. Schulz, *Einführung in die Zeitgeschichte*, Darmstadt 1992; E. Jäckel, *Begriff und Funktion der Zeitgeschichte*, in: derselbe/E. Weymar (Hg.), *Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit*, Stuttgart 1975, S. 162–176.

¹¹ Dazu W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 183 ff., auch zum Historikertag in Trier (1958), auf dem sich die Trennung vollzog.

¹² Vgl. dazu des näheren mit Belegen Ch. Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten*

Historiographie über Deutschland nach 1945/49 wurde nicht nur von der Quellenlage nahegelegt, sie entsprach auch dem dominant werdenden Selbstverständnis in beiden, sich zunehmend verselbständigenden deutschen Staaten – abgestützt und erzwungen durch offizielle ideologisch-politische Setzungen in der DDR, freiwillig, aus sich bildender Gewohnheit oder aus voller, reflektierter Überzeugung in der Bundesrepublik.

Nach der Wende von 1989/90 sind jedoch die Probleme und Grenzen solcher zweistaatlicher Strukturierung deutscher Zeitgeschichte zunehmend ins Gesichtsfeld getreten. Es wird weniger selbstverständlich, die Geschichte von Bundesrepublik und DDR separat zu behandeln. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat den Fluchtpunkt verändert, auf den hin die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit bewußt oder unbewußt, gezwungenermaßen oder selbständig geschrieben worden ist. Sie hat zu einer radikalen Veränderung der Zukunftserwartungen geführt, die – bewußt oder unbewußt – die Art und Weise beeinflussen, in der Zeitgenossen sich ihre Geschichte vergegenwärtigen und in der auch Historiker vergangene Verhältnisse und Erfahrungen als Geschichte rekonstruieren. Die sich andeutende Veränderung des zeithistorischen Kategoriensystems im Gefolge des realgeschichtlichen Umbruchs von 1989/90 deckt den meist verschwiegenen Restbestand teleologischer Orientierung auf, die auch noch die Synthesen moderner Historiker leitet.¹³

Die radikal veränderte politisch-intellektuelle Situation führt zwar nicht zu einer radikalen historiographischen Wende. Weiterhin werden Darstellungen entstehen, die sich entweder ausschließlich bundesrepublikanischen oder ausschließlich DDR-Entwicklungen widmen. Dies läßt sich rechtfertigen: vom Erkenntnisinteresse her wie im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand selbst. Zum einen mag man auch zukünftig als Ostdeutscher wie als Westdeutscher an der jeweils eigenen Geschichte interessiert sein und diese entsprechend DDR-spezifisch oder bundesrepublikanisch definieren. Die Vereinigung der kollektiven Identitäten und der Geschichtsverständnisse gehorcht anderen Zeitrhythmen als die rasche Vereinigung der staatlichen Institutionen und des Rechts. Ihre Zukunft ist ungewiß.¹⁴ Zum anderen sind die historischen Befunde – etwa die industrielle Struktur, das Parteienwesen, die Geschlechterverhältnisse, die Menschenrechte und ihre Verletzung oder die Populärkultur – tatsächlich über Jahrzehnte hin durch die mächtig wirkende Zweistaatlichkeit geprägt worden, in unterschiedlicher und wenig gesamtdeutscher Weise. In dem Maße, in dem dies der Fall war, ist

und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, B29–30/93, 16. Juli 1993, S. 30–41, bes. 31–33. – Auf der Ebene der Gesamtdarstellungen beispielsweise *H. Weber*, DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1976 (überarb. u. erg. Neuaufl. 1991); *D. Staritz*, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt 1985; im „Oldenbourg Grundriß der Geschichte“ die getrennten Bände zur DDR von *H. Weber* und von *R. Morsey* zur Bundesrepublik 1988 und 1987; *K. D. Bracher u. a. (Hg.)*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bde., Stuttgart 1981 ff.; *W. Benz (Hg.)*, Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden, Frankfurt 1983. – Entsprechend in der DDR: *R. Badstübner u. a.*, Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1981; DDR-Literatur zur Geschichte der BRD: Historische Forschungen in der DDR, 1970–1980. Analysen und Berichte. Zum XV. Internationalen Historikerkongreß in Bukarest 1980, Berlin (Ost) 1980, S. 467–475.

¹³ Zum generellen Zusammenhang zwischen Zukunftserwartung und Vergangenheitsrekonstruktion *R. Koselleck*, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt 1979, S. 349–375; *J. Rüsen*, *Historische Vernunft. Grundzüge einer Historik I: Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1983, Kap. 2.

¹⁴ Zu den unterschiedlichen Geschichtsbildern in West- und Ostdeutschland vgl. die Artikel von F. P. Lutz, B. Faulenbach und B. v. Borries in: *W. Weidenfeld (Hg.)*, *Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte*, Köln 1993, S. 157–207.

ihre separate Untersuchung weiterhin möglich. Schließlich spielen auch für die Arbeit professioneller Historiker Gewohnheiten und spezialisierte Qualifikationsprofile eine große Rolle, die radikale Umstellungen unwahrscheinlich machen.

Gleichwohl richtet sich nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands das Interesse verstärkt auf den Zusammenhang zwischen den beiden deutschen Nachkriegsgeschichten. Wie ist er zu fassen?¹⁵

Man kann eine radikale Lösung befürworten und vorschlagen, von einer gemeinsamen deutschen Geschichte auch im Zeitalter der Zweistaatlichkeit auszugehen.¹⁶ Dabei treten dann die gemeinsamen Traditions- und Problembestände in den Vordergrund, die beide deutschen Gesellschaften aufgrund langer Zusammengehörigkeit tatsächlich teilten. Auf diese Weise kann man die deutschen Nachkriegsgeschichten in weit zurückreichende historische Zusammenhänge stellen. Wie wirkten spezifisch deutsche Traditionen – des Sozialstaats z. B., der machtgeschützten Innerlichkeit vieler Intellektueller, des Bildungsbürgertums, des Obrigkeitstaats usw. – in den beiden deutschen Gesellschaften weiter? Wie wurden sie gebrochen, unverwandelt oder vielleicht gar verstärkt? Die Nation wird innerhalb eines solchen Ansatzes zentral, die auch im Zeitalter der Zweistaatlichkeit kollektive Identitäten prägte und auf die 1989/90 zum Zweck der Beendigung der Zweistaatlichkeit zurückgegriffen werden konnte.¹⁷ Schließlich wird der Blick auf deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten gelenkt, die sich aus ähnlichen Problemlagen ergaben, z. B. aus der Notwendigkeit, mit dem nationalsozialistischen Erbe umzugehen, eine tiefe Niederlage zu verarbeiten und mit begrenzter Souveränität zu leben.

So sehr es sich lohnen mag, diesen Blickwinkel auszuprobieren, so ungeeignet dürfte er für die überwiegende Mehrzahl von Untersuchungsfeldern sein, die eben doch durch die sehr geschichtsmächtige Zweistaatlichkeit geprägt worden sind. Auch ist in diesem Zusammenhang zu wiederholen, daß wir nicht – gewissermaßen über Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 – alle nur noch Deutsche sind. Unsere Identitäten als West- und Ostdeutsche sind fest verankert, wenngleich zunehmend in Frage gestellt. „Vereint im Sinne nicht nur einer Angleichung der Lebenschancen, sondern einer zunehmenden Übereinstimmung der Lebenslagen, zu der eine gemeinsame Zukunftsperspektive ebenso gehört wie eine miteinander geteilte historische Identität, werden erst jene Deutschen sein, die nach dem 3. Oktober 1990 geboren wurden.“¹⁸

Man kann eine andere Radikallösung ansteuern und den Blick auf Europa als Ganzes lenken, um dann den sich verändernden Platz der beiden deutschen Gesellschaften in diesem Rahmen – und damit auch ihr Verhältnis zueinander – zu bestimmen. Auch dafür gibt es Vorschläge und Ansätze.¹⁹ In der Tat spricht vieles dafür, die nach 1989/90 wieder stärker

¹⁵ Zum folgenden vor allem *P. Bender*, Ansätze zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 47, 1993, S. 197–206; sowie *Kleßmann*, *Verflechtung*.

¹⁶ Überlegungen dieser Art in *Bender*, a. a. O.

¹⁷ Vgl. *J. Kocka*, *Revolution und Nation* 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 19, 1990, S. 479–499.

¹⁸ *W. Lepenies*, *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*, Berlin 1992, S. 14.

¹⁹ Vgl. *Bender*, a. a. O., S. 198. – *H. Kaelble*, Berlin, arbeitet an einem Aufsatz zu dieser Frage. Mit Hilfe modernisierungshistorischer Ansätze wird die DDR-Geschichte in gesamteuropäische Zusammenhänge eingeordnet, bisher allerdings vor allem in ihrer Endphase. Vgl. *K. Müller*, *Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transforma-*

gewordene Neigung der Deutschen, auf sich selbst zu blicken, europäisch zu relativieren und deutsche Nabelschau zu vermeiden. Aber Forschungsstand und wissenschaftliche Kompetenz dürften es in der Regel schwer machen, das ganze Europa als Gegenstand, Raum und Problem von Forschung und Darstellung zu wählen. Viele interessante Teilprobleme würden dabei durchs grobmaschige Netz der Aufmerksamkeit fallen. Und wieder stellt sich die Frage der kollektiven Identität: „Es gibt Einheimische (Ost) und es gibt Einheimische (West), und deutsche Europäer können wir jetzt erst werden.“²⁰

Machbarer und erfolgversprechender erscheinen dagegen zwei andere Vorgehensweisen. Zum einen empfiehlt es sich, nach Beziehungen und Wechselwirkungen, Verflechtungen und Abgrenzungen zwischen den beiden deutschen Entwicklungen zu fragen. Vor allem Christoph Kleßmann hat diesen Weg früh beschritten, Mary Fulbrook wählte ihn ebenfalls.²¹ Diese beziehungsgeschichtliche Frage läßt sich für die Erforschung der verschiedensten Lebensbereiche nutzen, von der Außen- und Deutschlandpolitik über den Umgang mit der (gemeinsamen) Vergangenheit bis hin zur Sozialpolitik und zur Wirtschaftsentwicklung, von der Entstehung der beiden deutschen Systeme bis zu ihrer Vereinigung. Dieser Blickwinkel rückt die Geschichte der DDR und der BRD in engen Zusammenhang, ohne sie als eigenständige Untersuchungsgegenstände ganz aufzulösen. Die Frage nach dem deutsch-deutschen Zusammenhang kann nicht nur die anstehende Erschließung der DDR-Geschichte leiten, sondern zugleich zu neuen Nuancen und interessanten Veränderungen in den Interpretationen bundesrepublikanischer Geschichte führen. Deren Bezogenheit auf die DDR wird ja erst nach 1989/90 voll bewußt.

Zum anderen empfehlen sich vergleichende Ansätze. Die DDR-Geschichtsforschung kann verstärkt von den großen Möglichkeiten der historischen Komparatistik Gebrauch machen.²² In historischen Vergleichen – dies ist der erste und wichtigste Grundsatz – geht es immer um die Beschreibung und Erklärung von Ähnlichkeiten *und* Unterschieden. Vergleichen heißt nicht: gleichsetzen. Vergleiche sind ohne begriffliche Vorüberlegungen und scharfe Definitionen nicht möglich. Denn man muß sich darüber klar sein, in bezug worauf man zwei oder mehr Befunde vergleicht. Der Vergleich zwingt zur nützlichen Erweiterung des Blicks. Er bietet „die Chance, die Dinge in Weitwinkel- oder Vogelperspektive zu sehen, wo sie in größeren Zusammenhängen und auf höherem Syntheseniveau sichtbar wer-

tion der osteuropäischen Gesellschaften, in: *Leviathan* 19, 1991, S. 261–291; W. Zapf u. andere Beiträge in: *H. Joas/M. Kohli (Hg.)*, *Der Zusammenbruch der DDR*, Frankfurt 1993.

²⁰ *Lepenes*, a. a. O., S. 15.

²¹ Vgl. *Ch. Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982; *derselbe*, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988; *M. Fulbrook*, *The Divided Nation. A History of Germany 1918–1990*, Oxford 1992; *dieselbe*, *The Two Germanies 1945–1990. Problems of Interpretation*, London 1992; sowie die Beispiele und Forschungsvorschläge in *Kleßmann*, *Verflechtung*, S. 34–41.

²² Zum folgenden ausführlicher *J. Kocka*, *Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht*, in: *derselbe*, *Geschichte und Aufklärung*, Göttingen 1989, S. 21–28; *derselbe*, *I nuovi interrogativi della storiografia tedesca*, in: *Passato e Presente* 11, 1993, no. 28, S. 42–51; hier auch die Beiträge von *H. G. Haupt* u. *G. Crossick*, S. 20–41. Zuletzt *H. Kaelble*, *Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts: Forschungen europäischer Historiker*, in: *JbWG*, 1993/1, S. 173–200. Klassisch: *M. Bloch*, *Pour une histoire comparée des sociétés européennes* (1928), in: *derselbe*, *Mélanges historiques*, Bd. 1, Paris 1983, S. 16–40; *O. Hintze*, *Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung. Zu Franz Oppenheimers System der Soziologie* (1929), in: *derselbe*, *Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen*, Bd. 2, Göttingen 1964, S. 239–305, bes. 251. – *Ch. Tilly*, *Big Structures. Large Processes. Huge Comparisons*, New York 1984.

den“.²³ Zugleich aber führt er nicht in die abstrakten Allgemeinheiten „philosophischer Geschichtsschreibung“,²⁴ sondern zwingt zur präzisen Erfassung von Differenzen. Je nachdem, welche Vergleichsfolie gewählt wird – und dies wiederum hängt von Erkenntnisinteressen und Fragestellungen ab –, treten am Untersuchungsgegenstand, in diesem Fall an der DDR, andere Aspekte in den Vordergrund. Sei es durch Vergleich der DDR mit der NS-Diktatur, sei es mit der Bundesrepublik, sei es mit anderen „realsozialistischen“ Systemen – Ziel ist es, die Geschichte der DDR in größere Zusammenhänge einzuordnen, der Betroffenheit und Archivkenntnis des Historikers die nötige Distanz und Interpretationskraft hinzuzufügen und sowohl das Besondere der DDR-Entwicklung zu begreifen wie auch das, was an ihr typisch und allgemein war. Komparative Geschichte und Beziehungsgeschichte sind nicht dasselbe, aber durchaus kompatibel und verknüpfbar. Häufig wird man schon aus arbeitsökonomischen Gründen nicht auf einen voll ausgewachsenen, gleichgewichtig-symmetrischen Vergleich hinsteuern. Es reicht häufig schon – und muß häufig reichen –, ein spezifisches Phänomen der DDR-Geschichte in *vergleichender Perspektive* zu behandeln, um es auf dem Hintergrund einer nur skizzierten Vergleichsfolie plastisch hervortreten zu lassen und analytisch durchschauen zu können.

Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien und dieser Band

Die folgenden Beiträge sind erste Zwischenergebnisse der Arbeit des Potsdamer Forschungsschwerpunkts (FSP) Zeithistorische Studien, der Anfang 1992 gegründet wurde. Seine Aufgabe ist es, die Geschichte von SBZ und DDR in größeren, vor allem vergleichenden Zusammenhängen zu erforschen, in der Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Fächer (vor allem Geschichte, Sozialwissenschaften und Literaturwissenschaften). Der FSP ist einer von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten, die gemäß der Empfehlung des Wissenschaftsrats unter der Obhut der Max-Planck-Gesellschaft und unter der Verwaltung der „Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben“ eingerichtet wurden und über deren Zukunft noch nicht endgültig entschieden ist. Die Verträge der Mitarbeiter sind bis Ende 1994 terminiert. Die Leitung erfolgt kommissarisch und im Nebenamt. Von der Einrichtung der Forschungsschwerpunkte hat sich der Wissenschaftsrat die langfristige Stärkung der geisteswissenschaftlichen Forschung in Deutschland versprochen, die in enger Zusammenarbeit mit benachbarten Hochschulen auf ausgewählten Feldern erfolgen soll, wobei durch das Vorherrschen zeitlich befristeter Stellen und andere Vorkehrungen ein hohes Maß an Flexibilität und Wechsel von Projekten und Wissenschaftlern gesichert werden soll. Die Forschungsschwerpunkte hatten zugleich die Aufgabe, zunächst einmal gut evaluierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den Ende 1991 aufgelösten Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften der DDR aufzunehmen und ihnen die Fortsetzung ihrer Arbeiten – im Rahmen der FSP-Forschungsprogramme, die ebenfalls durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats vorgegeben waren – zu ermöglichen.

Bis Ende 1992 stammten deshalb sämtliche Mitarbeiter und Stipendiaten des FSP aus dem Osten Deutschlands bzw. Berlins. Im wesentlichen sind dies die Autoren und Autorinnen

²³ Hockerts, a. a. O., S. 11 (in anderem Zusammenhang).

²⁴ Vgl. E. Nolte, Philosophische Geschichtsschreibung heute? in: HZ 242, 1986, S. 266–89.

dieses Bandes. Erst ab Anfang 1993 standen weitere Stellen zur Verfügung, die auf der Grundlage unbeschränkter Ausschreibung besetzt wurden. Seit Anfang 1993 stießen Wissenschaftler aus den westlichen Bundesländern und West-Berlin hinzu. Die Neuankömmlinge des Jahres 1993 sind unter den Beiträgern dieses Bandes, mit einer Ausnahme, noch nicht vertreten.

Über Entstehung, Struktur, Aufgaben, Entwicklungsstand und Perspektiven des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien wird anderswo ausführlich berichtet.²⁵ Doch ist es notwendig, die Grundlinien zu kennen, um die Zusammenstellung dieses Bandes und den Charakter seiner Beiträge richtig einschätzen zu können.

1. Die Beiträge stellen erste Zwischenergebnisse dar. Es sind Teilergebnisse von Projekten, die zum Teil schon etwas länger betrieben und in den FSP mitgebracht wurden, zum Teil aber erst 1992 begonnen wurden. Gemäß verbindlicher Planung werden die Projekte bis Ende 1994 abzuschließen sein. In den einzelnen Artikeln geben die Anmerkungen oder der Anfang des Textes zu erkennen, in welchem Projektzusammenhang der jeweilige Beitrag steht.

2. Aus Entstehungsgeschichte und Absichten des FSP erklärt sich eine gewisse Heterogenität der in ihm betriebenen Forschungen, die durch die Tatsache, daß in diesem Band Teilergebnisse von Teilbereichen der Projekte veröffentlicht werden, größer erscheint als sie in Wirklichkeit ist. Jedoch arbeiten alle Projekte an der Geschichte von SBZ und DDR, daraus ergeben sich gemeinsame Interessen, Anknüpfungspunkte und synergetische Möglichkeiten. Außerdem verdichten übergreifende Fragestellungen – vor allem vergleichender Art – die Kooperation zwischen den Projektbearbeitern und Projektgruppen, deren Mitglieder unter sich ohnehin eng zusammenarbeiten. Über die einzelnen, hier in Teilergebnissen dokumentierten Projekte hinaus entwickelt der FSP Arbeitsvorhaben übergreifender Art.

3. Soweit sie erst 1993 in Gang gesetzt wurden, sind die gegenwärtig am FSP bearbeiteten Projekte im vorliegenden Band noch nicht dokumentiert. Es handelt sich um Forschungen zur Bodenreform und Kollektivierung, zur Geschichtswissenschaft in der Diktatur, zum deutsch-deutschen Verhältnis, zur Geschlechtergeschichte nach 1945 (im Ost-West-Vergleich) und zur Geschichte der Ost-CDU. In Vorbereitung sind Projekte zum Vergleich der inneren Entwicklungen in der DDR und in Polen in den 80er Jahren sowie zur Geschichte der Volkspolizei.

Zwischenergebnisse

Die ersten beiden Aufsätze behandeln außenpolitische und verfassungsgeschichtliche Anfangsbedingungen der DDR. Aus neu erschlossenen und hier erstmals ausgewerteten Moskauer Quellen bearbeitet Jochen Laufer die Vorgänge, die zum Scheitern der Münchener

²⁵ Vgl. Wissenschaftsrat, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, Bonn 1992, S. 45–76, bes. S. 50–54 (zu Aufgabe und Programm des FSP Zeithistorische Studien); Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben (Hg.), Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München (1993), bes. S. 15–36; J. Kocka, Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam. Aufgaben und Arbeiten, in: DA 26, 1993, S. 983–85; derselbe, Auch Wissenschaftler können lernen, in: FAZ, Nr. 196, 25. 8. 1993, S. 31.

Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 1947 führten. Die Zusammenarbeit von SMAD und SED-Führung sowie das starke Gewicht dieser beiden Akteure in Deutschland relativ zur Zentrale in Moskau werden herausgearbeitet. Laufer betont, daß teilungspolitische Optionen bei den Hauptakteuren in der SBZ schon lange vor München eine Rolle spielten. Monika Kaiser erarbeitet im Detail, wie früh die SED begann – schon bald nach ihrer Gründung und lange vor der Entstehung der DDR –, sich zu einer „Partei neuen Typs“ zu verändern, zur Zentrale der sich herausbildenden Diktatur, mit erheblichen Kompetenzen gegenüber Regierung und Massenorganisationen, starker zentralisierter Führung, entschiedener Kaderpolitik und Machtkonzentration bei Ulbricht.

Joachim Petzold zeigt am Beispiel der sächsischen Lehrer, wie unmittelbar die Entnazifizierung in neue politische Disziplinierung unter kommunistischem Vorzeichen übergang. Er betont die Ambivalenz der Situation und die strukturelle Kontinuität über die Wende von 1945 hinweg – trotz erheblichen Personalaustausches und radikaler Veränderung der politischen Inhalte. Olaf Groehler arbeitet heraus, wie sehr und wie früh – wenngleich mit zahlreichen Schwankungen – die antifaschistisch legitimierte Politik der Anerkennung und Rehabilitierung von Opfern des Nazi-Regimes sich in der SBZ mit selektiver Ausgrenzung von solchen Opfergruppen (Juden, Sinti/Roma, Bibelforschern u. a.) verband, die nach kommunistischen Kriterien nicht als „Kämpfer“ galten. Wie Groehler (S. 114ff.) hat auch Mario Keßler (S. 157ff.) viel über die antisemitischen Tendenzen in der frühen DDR zu sagen, die wohl zu „Säuberungen“ oder Prozessen geführt hätten, wäre nicht Stalins Tod 1953 rettend dazwischen gekommen.²⁶ Keßler zeigt, wie sich das Verhältnis zwischen SED-Führung und Juden in der DDR später etwas entspannte und das Verhältnis zwischen DDR und Israel bis 1967 veränderte. Jürgen Danyel stellt die Grundlinien seiner allseits kritischen Studie vor, die den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten vergleicht – angesichts ähnlicher Ausgangsprobleme, unter strikt unterschiedlichen sozialen und politischen Bedingungen, in wechselseitigem Bezug aufeinander, mit bisweilen spiegelbildlich-komplementären Abblendungs- und Ausgrenzungstendenzen. Pointiert wird die ambivalente Funktion und selektive Stoßrichtung des Antifaschismus-Begriffs herausgearbeitet (S. 133ff.).

Die nächsten beiden Aufsätze befassen sich mit Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen in der frühen DDR. Leonore Ansorg untersucht die Massenorganisation „Junge Pioniere“, die 1959 84% der schulpflichtigen Kinder organisierte und politische Indoktrination, bisweilen Haßpropaganda (z. B. S. 182) und vielgeschätzte Freizeitangebote verband. Im nächsten Schritt soll mit den „Pimpfen“ vor 1945 verglichen werden. Sonja Häder untersucht zwei „Stalinisierungsschübe“ in Berliner Schulen 1947–1949 und 1952/1953. Sie erzielt neue Ergebnisse zur sozialen Herkunft, zum Alter, zu den Bildungsabschlüssen und der Parteizugehörigkeit von Lehrern und Schuldirektoren Anfang der 50er Jahre (S. 202ff.). Schließlich untersucht sie, aus neu erschlossenen Quellen, die sehr begrenzt bleibende Teilnahme der Berliner Lehrer an den Protesten des 17. Juni 1953. Systemkritische Äußerungen und Solidarisierungen mit den Streikenden bzw. den Demonstranten blieben in der Lehrerschaft selten, die meisten arbeiteten unauffällig weiter, am ehesten wandten sie sich gegen administrative Gängelei.²⁷ Insgesamt geht es

²⁶ Groehler stellte dies in anderem Zusammenhang bereits 1992 dar und wurde daraufhin von K. Gossweiler und J. Kuczynski kritisiert. Dokumentiert unten im Aufsatz M. Keßlers, Anm. 26.

²⁷ Diese Ergebnisse tragen jedenfalls nicht zur Bestätigung der weitreichenden Thesen von Mitter und

im Projekt Ansorg/Häder um Sozialisationsbedingungen, -institutionen und -erfahrungen im Diktaturenvergleich.

Aus dem breit angelegten Projekt zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936–1965 werden drei Teilergebnisse vorgestellt. Peter Hübner führt vor, wie der Vergleich zwischen SED-Staat und Nationalsozialismus die Perzeptionen und Urteile damaliger Industriearbeiter beeinflusste und von der politischen Führung der DDR in Rechnung gestellt wurde: Diktaturenvergleich nicht nur als analytisches Instrument des zurückblickenden Historikers, sondern als Befund in den Quellen selbst. Hübner spricht von „Trivialkomparatistik“ (S. 221f.). Nikola Knoth geht Spuren der sehr zögerlichen Bewußtwerdung von Umweltproblemen im Lausitzer Braunkohlenrevier nach und stellt Überlegungen darüber an, daß der Mangel an Öffentlichkeit und die fehlende Möglichkeit zur Entwicklung von Bürgerbewegungen den relativ späten Zeitpunkt der Manifestation ökologischer Bedenken und Proteste bedingten. Auf der Grundlage ausgiebiger Interviews geht Petra Clemens dem Schicksal und den Erfahrungen von Textilarbeiterinnen in einer kleinen Industriestadt an der Neiße nach. Soziale Realität wird hier weit unterhalb der Ebene der „großen Politik“ gesucht und gefunden, die soziale Realität von sehr kleinen Leuten in mehrfacher Randlage, die sich den Verhältnissen fügten und gleichzeitig auf eigenen Vorstellungen beharrten, zwischen Skepsis und Akzeptanz oszillierten – sehr privat, politikfern und dennoch, wie die Verfasserin zeigt, vom System in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen geprägt, erst recht nach 1989, als die örtliche Textilindustrie einging.

Mit einem zentralen Problem der DDR-Industrieentwicklung beschäftigt sich Jörg Roesler. Im deutsch-deutschen Vergleich zeigt er das Zurückbleiben der DDR in der Entwicklung von (halb) automatischen Steuerungsvorrichtungen im Werkzeugmaschinenbau, einer Innovation, die international seit ca. 1960 von großer Bedeutung war. Roesler zeigt auch das Scheitern der staatlich geplanten Aufholversuche auf DDR-Seite. Er führt es, vorläufig, auf Schwankungen politischer Steuerung zurück. Aus sozialen und politischen Befürchtungen heraus habe Honecker die Ulbrichtsche Politik zur Förderung von Spitzenleistungen nicht fortgesetzt (S. 275f.) Am begrenzten Fallbeispiel werden also zentrale Zusammenhänge zwischen den Grenzen wirtschaftlicher und sozio-politischer Leistungsfähigkeit herausgearbeitet, die im westdeutschen System mit seiner konsequenteren Ausdifferenzierung zwischen ökonomischen und sozio-politischen Teilsystemen keine Parallele hatten. Ein Grundproblem der ostdeutschen Zentralverwaltungswirtschaft kommt damit in den Blick. Burghard Ciesla arbeitet an einem Vergleich des Transfers bzw. der Deportation der Naturwissenschaftler und Techniker nach USA und Rußland am Ende des Krieges und ihrer späteren Rückkehr nach Deutschland. In diesem Band stellt er die sozialstatistische Analyse der nach USA überführten Wissenschaftlergruppe vor.

Mit Problemen literarischer Produktion, Rezeption und Öffentlichkeit beschäftigen sich die nächsten drei Aufsätze. Siegfried Lokatis arbeitet sich durch den Dschungel des für

Wolle bei, im Gegenteil. Diese stützen sich primär auf Quellen aus dem Bereich der Herrschenden, vor allem der Stasi, sprechen von einer „in allen Schichten der Bevölkerung gestellte[n] Forderung nach Abschaffung des SED-Regimes“ und sehen den 17. Juni 1953 als „gescheiterte Revolution“. Vgl. A. Mitter/St. Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 160. Die Quellen aus Stasi-Perspektive bedürfen dringend der Ergänzung – und oftmals der Relativierung – durch Quellen „von unten“, wie sie in Häders Aufsatz ausgewertet werden. – Überzeugender: T. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 147.

Planung, Zuteilung und Zensur zuständigen „Literaturapparats“ der frühen DDR, auch durch das Verlagswesen. Ökonomische und kulturpolitische Ziele standen oft quer zueinander. Papierkontingentierung und Selbstzensur waren wichtiger als direkte Zensur von oben. Der Wirrwarr von Institutionen und Kompetenzen wie auch das Hin und Her in den zuständigen Behörden erinnern an Verhältnisse vor 1945. Simone Barck untersucht den Gebrauch des Kampfbegriffs „Dekadenz“ durch eine von Alfred Kurella geleitete „Kultur-Kommission“ beim ZK der SED im Kampf gegen alles, was vom „sozialistischen Realismus“ abwich und sich an der künstlerischen Moderne orientierte: ein „Tiefpunkt des – sich auf den Marxismus berufenden – kunstästhetischen Denkens“ mit sozial-darwinistischen und biologistischen Implikationen und nicht ohne Nähe zum nationalsozialistischen Entartungsbegriff (S. 328f.). Die Verfasserin kann aber auch vorsichtige „Gegen-Diskurse“ rekonstruieren, die sich gegen den Dogmatismus der SED-Kunstwarte richteten (S. 337ff.). Die Vielschichtigkeit der Situation durchleuchtet dann Martina Langermann, mit ihrer Studie zur Debatte über Franz Kafka (1962–1966), die sie als Stellvertreter-Konflikt in einem System analysiert, in dem politisches und kulturelles Handeln aufs engste verknüpft und verzahnt waren. Die kulturelle Selbstisolierung der DDR auch im Ostblock wird ebenso herausgearbeitet wie schließlich die Einwirkung der internationalen Öffentlichkeit auf die DDR, mit dem Ergebnis einer Teilveröffentlichung von Kafka.

Die vergeblichen Versuche der SED, in der Zeit zwischen dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und dem Godesberger Programm der SPD 1960 die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik zu begrenzter Kooperation gegen die CDU-geführte Bundesregierung, gegen die Westintegration der Bundesrepublik und für die Deutschlandpolitik Ost-Berlins zu gewinnen, rekonstruiert abschließend Michael Lemke, ganz aus den Quellen. Spätestens wenn man liest, daß auch der 59. Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD (am 5. 4. 1959) unbeantwortet blieb, während laut geheimer Mitteilung Grotewohls 1957 334 Delegationen aus der DDR mit 1200 Sozialdemokraten der Gliedorganisationen Kontakt gehabt haben sollen, wünscht man sich, die Akten des SPD-Ostbüros wären ähnlich zugänglich wie die Materialien der Westkommission beim Politbüro der SED.

Fluchtlinien der Interpretation

Wie der Überblick zeigt, enthält der Band vor allem neu aus den Quellen erarbeitete Untersuchungsergebnisse zu Teilbereichen und Teilproblemen der Geschichte von SBZ und DDR. Er stellt keinen flächendeckenden Überblick dar noch bezweckt er Synthese. Gleichwohl zeichnen sich, über die in den einzelnen Beiträgen dokumentierte gegenseitige Vernetzung hinaus und trotz großer Unterschiede zwischen den Autoren, gewisse Schwerpunkte und Fluchtlinien der Interpretation ab, die im folgenden notiert werden sollen.

Der Untersuchungszeitraum einzelner Beiträge reicht zwar in die 70er Jahre und 80er Jahre hinein, zum Teil sogar bis in die Zeit nach der Wende.²⁸ Aber insgesamt konzentriert sich der Band auf die frühere Zeit: auf die SBZ (1945–49) und die Ära Ulbricht (1949–1971), die in eine Aufbau- und eine Festigungsphase unterteilt werden kann, mit dem Mauerbau 1961 als Zäsur und weiteren Einschnitten 1953/55 (Aufstand des 17. Juni und Ende der forcierten

²⁸ Siehe die Beiträge von Petra Clemens, Nikola Knoth und Jörg Roesler.

Stalinisierung) und 1968 (Einmarsch in Prag, tiefe Enttäuschung der Hoffnungen auf interne Reformen).²⁹ Angesichts der von den systematischen Sozialwissenschaften mit großer Intensität betriebenen Erforschung des Zusammenbruchs der DDR und ihrer „Transformation“ in ein nichtkommunistisches System,³⁰ liegt es nahe, daß sich dieser geschichtswissenschaftlich geprägte FSP schwergewichtig der früheren Zeit zuwendet, zumal in bezug auf diese die klassischen Methoden der Historiker – Archivstudien und Auswertung schriftlicher Quellen – am ehesten unersetzbar und vielversprechend erscheinen. Vor allem aber sind es gewisse Erkenntnisziele und Fragestellungen, die den FSP zu dieser zeitlichen Akzentsetzung veranlassen.

Kontinuitäten. Wenn es um die genauere Bestimmung des Orts der DDR in der deutschen Geschichte geht, muß die Frage nach dem Mischungsverhältnis von Kontinuität und Neubeginn nach 1945 zentral werden, eine Frage, die für die Erforschung des westlichen Deutschlands bereits ihre große Nützlichkeit bewiesen hat³¹ und nun auch verstärkt für die Erschließung der Geschichte des östlichen Deutschlands nutzbar gemacht werden kann. Welche Problemlagen, Strukturen und Traditionen der Zeit vor 1945, auch des frühen 20. und des 19. Jahrhunderts, wirkten über den Bruch von 1945/49 weiter, wie lange und in welchen Amalgamationen? Was brach ab? Was gelang oder geschah im Sinn eines Neubeginns? Wie vermischten sich Kontinuitäten und Neuansätze?

Wer die Aufsätze dieses Bandes unter dieser Fragestellung liest, wird zweierlei deutlich erkennen: Entgegen dem Selbstverständnis der neuen Machthaber und trotz radikaler Umbrüche auf dem Gebiet der offiziellen Ideologie, des Führungspersonals, der Wirtschaftsordnung und der Eigentumsverhältnisse, drängt sich der Eindruck *erheblicher Kontinuität* in den Vordergrund, sei es in den obrigkeitsstaatlichen Erfahrungen der sächsischen Lehrer und im Wahrnehmungsverhalten der Lausitzer Industriearbeiter, sei es in der Organisation und Erziehung der Schulkinder oder in der Struktur des Verlagswesens – bis hin zu Kontinuitäten auf dem Gebiet des Antisemitismus und zur anti-modernistischen Instrumentalisierung von Kunst und Literatur. Offensichtlich gab es auch in Ostdeutschland keine „Stunde Null“, von der aus der gesellschaftliche Neuaufbau voraussetzungslos in Angriff genommen hätte werden können.³²

²⁹ Vgl. die Gliederung von *H. Weber*, *Die DDR 1945–1986*, München 1986; auch den Periodisierungsvorschlag bei *Fulbrook*, *The Two Germanies*, S. 12–26; *Weber*, *DDR*, S. 11: die Jahre 1949–1955 seien durch den Oktroi des stalinistischen Systems mit diktatorischen Mitteln bestimmt.

³⁰ Vgl. z. B. *C. Offe*, *Designing Institutions for East European Transitions* (Ms. Dez. 1992); *J. Batt*, *The End of Communist Rule in East-Central Europe: A Four-Country Comparison*, in: *Government and Opposition* 26, 1991, S. 368–390; *Joas/Kohli* (Hg.), a. a. O.; *K. U. Mayer*, *Die soziale Ordnung der DDR und einige Folgen für ihre Inkorporation in die BRD*, in: *BISS Public* 3, 1993, S. 97–106; *R. Reißig* (Hg.), *Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland*, Frankfurt 1993. – Vgl. auch zu den Arbeiten der „Kommission zur Analyse des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)“ in Halle: *Berliner Journal für Soziologie* 3 (1993), H. 3.

³¹ Vgl. *W. Conze/M. R. Lepsius* (Hg.), *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, Stuttgart 1983; *M. Broszat u. a.* (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988; *J. Kocka*, *1945: Neubeginn oder Restauration?*, in: *C. Stern/H. A. Winkler* (Hg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, Frankfurt 1979, S. 141–168 (erscheint 1993 in überarb. Neufassung).

³² Vgl. die Beiträge von Petzold, Hübner, Ansorg, Häder, Lokatis, Keßler, Groehler und Barck in diesem Band. – *Ch. Kleßmann*, „Das Haus wurde gebaut aus den Steinen, die vorhanden waren.“ Zur kultur-

Zum andern stützen die Beiträge insgesamt nicht die häufig vertretene Sichtweise, daß zwischen dem Ende der Nazi-Zeit und der Errichtung der kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild eine ausgeprägte, mehrjährige Zwischenphase lag – etwa von 1945 bis 1948/49 –, in der sich die Absetzung vom Nationalsozialismus mit demokratischer Selbstreform und partieller Verwirklichung humanistischer Utopien sozialistischer Prägung verband. Sicherlich, der Kalte Krieg folgte nicht sofort auf den heißen. Weder die Zweiteilung Deutschlands noch die innere Entwicklung in beiden Teilen stand unmittelbar nach Kriegsende fest. Es gab eine Phase relativer Offenheit, die sich nur schrittweise schloß.³³ Aber aus den hier vorgelegten Beiträgen geht hervor, wie früh Weichen gestellt oder jedenfalls Tendenzen auf den Weg gebracht wurden, nicht unumkehrbar zunächst, aber doch wirksam. Das gilt für die Deutschlandpolitik auf der östlichen Seite, innerhalb derer mit Zweistaatlichkeit früh gerechnet wurde, für die Umwandlung der SED in eine diktatorische Einheitspartei recht bald nach ihrer Gründung und für die Erfassung der Schulkinder, aber eben auch für den Umgang mit den Tätern und Opfern des Nationalsozialismus. Die Sühne alten Unrechts verband sich eigentlich sofort mit der Entstehung neuer Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Unterdrückung.³⁴

Diktaturenvergleich. Das Interesse für Kontinuität und Neubeginn um 1945 ist eng mit dem Interesse an Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der DDR verknüpft. Dieses vergleichende Interesse wurzelt in der Selbstverständnis-Diskussion der Gegenwart. Es hat im Diktaturenvergleich eine wissenschaftlich produktive Form gefunden.

Sowohl die Gleichsetzung von „roten“ und „braunen“ Diktaturen wie umgekehrt die Tabuisierung des Vergleichs zwischen faschistischen und kommunistischen Systemen haben eine lange Tradition, in der sich wissenschaftliche und politische Argumente unentwirrbar vermischen. In der langjährigen Debatte über den Begriff des Totalitarismus haben sich entsprechende Konflikte immer wieder manifestiert.³⁵ Es hilft, wenn man betont, daß Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeutet und zum Vergleich die Identifikation von Ähnlichkeiten und Unterschieden gehört. Aber auch dann berührt die Wahl des Forschungsansatzes und der zentralen Begriffe leicht den Kern des eigenen Selbstverständnisses und besitzt mindestens indirekt politische Bedeutung. Das hat sich auch in den Diskussionen des FSP gezeigt.

geschichtlichen Kontinuitätsdiskussion nach 1945, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19, 1990, S. 159–177.

³³ Vgl. den Überblick von H. Graml, Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945–1949, in: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 35–47; H. Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt 1985; W. Link, Der Ost-West-Konflikt, Stuttgart 1980; I. Spittmann/G. Helwig (Hg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945–1949, Köln 1989. – Aus DDR-Sicht: R. Badstübner/H. Heitzer (Hg.), Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR. 1945 bis 1961, Berlin (Ost) 1979; St. Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin (Ost) 2. Aufl. 1959.

³⁴ Siehe dazu die Artikel von Groehler, Petzold, Ansorg, Kaiser und Laufer in diesem Band.

³⁵ Vgl. aus einer unübersehbaren Literatur: K. D. Bracher, Die totalitäre Erfahrung, München 1987, bes. Teil I. Klassische Texte in B. Seidel/S. Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968; die Kontroversen in: Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München 1980; darin J. Kocka, „Totalitarismus“ und „Faschismus“. Gegen einen falschen Begriffskrieg (S. 39–44).

Mit wem will und soll man sich vergleichen? Mit Hilfe welcher Kategorie ordnet man die eigene Geschichte anderen Geschichten zu, und zwar welchen? Ostdeutsche Historiker und Zeitgenossen sind sich in dieser Frage ebensowenig einig wie westdeutsche. Die Wahl der zentralen Begriffe, das wurde im FSP deutlich, ist kein Kristallisationspunkt für ost-westliche Polarisierung. Die Diskussionsfronten verlaufen oft quer zum Ost-West-Unterschied.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß zwischen Nazi-Deutschland und der DDR ganz erhebliche, sehr ins Gewicht fallende Unterschiede bestanden, und zwar zum Teil gerade auf solchen Gebieten, auf denen sich die Unmenschlichkeit des NS-Systems besonders entfaltete. Weder hat es in der DDR systematische, staatlich gelenkte Massenermordungen gegeben, die auch nur entfernt an die nationalsozialistische Vernichtung der Juden und anderer als „volksfremd“ und schädlich erklärter Minderheiten herangekommen wären. Noch ist von der DDR ein Weltkrieg ausgegangen. Das „Tausendjährige Reich“ bestand weniger als dreizehn Jahre, die DDR mehr als vierzig. Das Nazi-System war ganz und gar hausgemacht, das SED-Regime verdankte sich zum erheblichen Teil sowjetischer Hegemonialpolitik. Nach ihren geistesgeschichtlichen Wurzeln und ideologischen Inhalten unterschieden sich beide Systeme sehr, und das fiel ins Gewicht, in vielen Bereichen, sei es in bezug auf die Stellung der Frauen, die Haltung gegenüber Fremden, die Behandlung der Juden, die Politik gegenüber Frieden und Krieg sowie in vielen anderen Hinsichten. Nach sozialgeschichtlichen Wurzeln und sozialökonomischen Inhalten waren beide Systeme konträr. Das zweite definierte sich geradezu durch die Absetzung vom ersten, und das war keineswegs bloß Tünche oder Propaganda, sondern für viele zentrale Überzeugung. Die Liste der Unterschiede ließe sich verlängern, entsprechende Forschungen stehen an.

Auf der anderen Seite ist ebensowenig zu bezweifeln, daß sich Nazi-Deutschland und die DDR in erheblichen, sehr ins Gewicht fallenden Hinsichten glichen – und eben dadurch vom Prinzip des liberal-demokratischen Rechtsstaats unterschieden. Zu beiden Systemen gehörte die systematische Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten, die mangelnde Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit, die fehlende Begrenzung der Staatsmacht. Es fehlten die Absicherung relativ autonomer gesellschaftlicher Teilbereiche und der Schutz privater Räume. All dies zeigte sich in der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz, eingeschränkter Meinungs- und Versammlungsfreiheit, staatlicher Willkür und Verfolgung von Dissidenten. Offene oder kaum verschleierte Ein-Parteien-Herrschaft, der Hegemonialanspruch einer institutionalisierten Ideologie und die Ablehnung von Pluralismus kennzeichneten beide Systeme. Sowohl das NS-Regime wie das SED-Regime setzten moderne Massenbeeinflussungs- und Massenüberwachungsmittel ein – Propaganda und vielfältige Repression, Verführung und Terror – und erreichten damit wenigsten zeitweise erhebliche Massenmobilisierung, im Unterschied zu traditionelleren Formen despotischer oder autoritärer Herrschaft. Beide Herrschaftssysteme zielten auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Erziehung eines neuen Menschentyps, wenngleich mit sehr verschiedenen Inhalten und unterschiedlicher Konsequenz. In beiden Systemen wurde der Anspruch auf Steuerung der Gesellschaft nur begrenzt eingelöst, nicht zuletzt aufgrund eingebauter Ineffizienzen, Rivalitäten und Widersprüche. Sicherlich, blickt man genauer hin, finden sich auch auf der Ebene des Herrschaftssystems gravierende Unterschiede. Zum Beispiel blieb das Charisma Hitlers den Ersten Sekretären der SED grundsätzlich fremd. Im Maß des Terrors blieb die DDR weit hinter dem NS-System zurück. Aber in den genannten, auch lebensgeschichtlich sehr wichtigen Merkmalen glichen oder ähnelten sich beide Systeme, es sind die Merkmale der *modernen Diktatur*, deren Begriffsbestimmung sich – oft nur ex negativo – aus dem kontrastierenden Vergleich

mit den Prinzipien des liberal-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats ergibt. Das ist der historische und wertende Bezug, ohne den die Bildung zentraler Begriffe selten auskommt.³⁶

Das Interesse am Vergleich zwischen der ersten (faschistischen) und der zweiten (kommunistischen) Diktatur in Deutschland, an ihren Ähnlichkeiten und Unterschieden, ihren Bedingungen und Folgen strukturiert eine Reihe der folgenden Beiträge zur Geschichte von SBZ und DDR, auf direkte, indirekte oder nur angedeutete Art und Weise.³⁷ Allerdings stehen empirisch die Entwicklungen in SBZ und DDR eindeutig im Vordergrund, der Vergleich wird meistens nur angedeutet und primär als vergleichende Perspektive eingebracht, die erst in der weiteren Arbeit zu konkretisieren sein wird. Die Begriffe „totalitär“ und „stalinistisch“ treten dahinter zurück, doch sind sie als qualifizierende Attribute mit dem Diktaturbegriff nicht unvereinbar.³⁸ In der Konsequenz dieser Ansätze liegt es, den Mechanismen und Folgen von Verführung und Unterdrückung, auch den Opfern und Tätern, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ebenso wichtig ist allerdings, die Grenzen der Durchsetzung diktatorischer Herrschaft zu analysieren und den vielfältigen Formen des Umgangs mit ihr in den verschiedenen sozialen Gruppen und Lebensbereichen auf die Spur zu kommen. Denn auch im Fall der DDR gilt: Die vielschichtige historische Realität läßt sich als Objekt diktatorisch-staatlicher Herrschaft nur teilweise entschlüsseln. Sie ist zu komplex, um durch das dichotomische Begriffspaar „Diktatur – liberal-demokratischer Rechts- und Verfassungsstaat“ hinreichend erfaßt werden zu können. Der Diktaturen-Vergleich beleuchtet einzelne Dimensionen der DDR-Wirklichkeit, andere nicht.

Ost-West-Vergleiche. Es liegt schließlich nahe, Spezifisches und Allgemeines in der Geschichte von SBZ und DDR durch den Vergleich mit der Geschichte der Westzonen und der

³⁶ Die Literatur zu Ähnlichkeiten und Unterschieden beider deutscher Diktaturen und zur Begründung der dazu benutzten Begriffe ist uferlos. Ich verzichte auf Nachweise ebenso wie auf den an sich möglichen Versuch einer tieferen theoretischen Durchdringung oder einer sozialgeschichtlichen Fundierung. Für die grundsätzliche Orientierung verweise ich auf *E. Fraenkel*, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964; *G. A. Ritter*, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, bes. Kap. VI–X; *K. D. Bracher*, Die Krise Europas 1917–1992, Neuauf. Berlin 1992.

³⁷ Dies gilt für die Beiträge von Kaiser, Ansorg, Häder, Hübner, Lokatis, in gewisser Hinsicht auch für die Beiträge von Barck und Petzold.

³⁸ In der hier vorgeschlagenen Terminologie: Moderne Diktaturen sind *in dem Ausmaß* als *totalitär* zu bezeichnen, in dem es ihnen gelingt, einen tendenziell totalen Zugriff auf die Individuen und sozialen Verhältnisse zu realisieren – mit Mitteln der Steuerung, Manipulation und Gewalt. Vgl. das wichtige Buch von *S. Meuschel*, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt 1992; *dieselbe*, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: GG 19, 1993, S. 5–14. Die Verf. kommt zu dem Schluß, daß die DDR totalitärer war als die NS-Diktatur, da sie einen stärkeren Zugriff auf die gesellschaftlichen Verhältnisse durchsetzte. – Oder: Moderne Diktaturen sind *in dem Ausmaß* als *totalitär* zu bezeichnen, in dem der Zugriff auf Individuen und gesellschaftliche Verhältnisse mit massenhaftem Terror und permanenter Dynamik, mit Bewegung als Herrschaftsprinzip und letztlich mit Tendenzen zur Dauermobilisierung und Selbstzerstörung verbunden ist. Definiert man – in Anlehnung an Hannah Arendt und bereits Emil Lederer – so oder so ähnlich, wird das NS-System als das bei weitem totalitärere zu beurteilen sein. – Ich plädiere für die Verwendung eines engen Begriffs von „stalinistisch“, und zwar zur Charakterisierung einer spezifischen, vergleichsweise totalitären Phase oder Variante kommunistischer Diktaturen. Dann folgt, daß es auch vorstalinistische und nachstalinistische Phasen und Varianten kommunistischer Diktaturen gibt. So im Prinzip unten Häder, S. 191, Anm. 2. Vgl. auch *J. Kocka*, Nachwort, in: *Eckert u. a. (Hg.)*, a. a. O., S. 468–479, hier S. 473 f. Vgl. auch *H. Weber*, SED und Stalinismus, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-

Bundesrepublik zu erforschen, zumal die westdeutsche Gesellschaft von den Herrschenden und den Beherrschten der DDR ständig als Referenzgesellschaft beobachtet wurde.³⁹ Zwei miteinander verknüpfbare Varianten sind sichtbar. Zum einen bietet es sich an, die gemeinsame deutsche Ausgangslage um 1945 in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, wie man in Ost- und in Westdeutschland daran anknüpfte und damit umging. Mehr oder weniger identische Problemlagen, historisch bedingt und spezifisch für Deutschland, führen zu vorwiegend unterschiedlichen Lösungsversuchen, woraus auf Eigenarten der beiden Systeme geschlossen werden kann. Die Erforschung der DDR trägt damit zur Schärfung des Blicks auf die Bundesrepublik bei und umgekehrt.⁴⁰

Zum andern liegt es nahe, die ostdeutsche Entwicklung mit Hilfe generalisierender Begriffe vergleichend zu erforschen, also z. B. mit Hilfe der Begriffe „Modernisierung“ oder „Industriegesellschaft“ bzw. „post-industrielle Gesellschaft“, wobei die Bundesrepublik einen kapitalistisch-westlichen und die DDR einen „realsozialistisch“-östlichen Typus (unterschiedlich) moderner Gesellschaften repräsentiert und weitere Typen unterschieden werden können. Dies ist hier nicht zu entfalten.⁴¹ Häufig wird es im BRD-DDR-Vergleich nicht tunlich sein, die westdeutschen Lösungen als Maßstäbe zu benutzen, um die ostdeutschen zu messen – und gewöhnlich zu leicht zu befinden,⁴² obwohl die Art des Scheiterns der DDR zu dieser Sichtweise einlädt. Vielmehr sollten beide Entwicklungen auf ein übergreifendes Verlaufsmo-
dell (wie Modernisierung) bezogen werden. Häufig wird der Vergleich nur Initialfunktion haben: um Eigenarten der DDR-Gesellschaft im Vergleich zu entdecken, so z. B. ihre Tendenz zur funktionalen Entdifferenzierung, sozialen Homogenisierung und institutionellen Fusionierung,⁴³ ihre Prägung durch hohe Abwanderung, durch weibliche Mehrheiten und durch außergewöhnliche Aufstiegsmobilität in den 50er und 60er Jahren⁴⁴ oder auch durch den hohen Grad ihrer „Verstaatlichung“⁴⁵. Aber bei solchen durch Vergleich entdeck-

Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. 16. bis 19. Mai 1989, Köln 1989, S. 4 ff. – Andernorts findet sich derzeit häufig ein inflationärer Gebrauch des Begriffs.

³⁹ Dieser Zugriff hat Tradition. Vgl. beispielsweise *E. Jesse*, Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, Berlin (West) 1980; *Weidenfeld/Zimmermann* (Hg.), Deutschland-Handbuch, hier etwa der abschließende Artikel von *H. Zimmermann*, Deutschland 1989: Probleme und Tendenzen nach vierzig Jahren Zweistaatlichkeit (S. 699–718).

⁴⁰ So vor allem Danyels Beitrag unten S. 129 ff.

⁴¹ Vgl. *R. Geißler*, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Bonn 1992, S. 16–37, 305–310; *F. W. Scharpf*, Strukturen der postindustriellen Gesellschaft, in: *Soziale Welt* 37, 1986, S. 3–24; *R. Geißler*, Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck, in *APZ*, B 29–30/92, 10. Juli 1992, S. 15–28; *B. Schäfers*, Die Gesellschaft der Bundesrepublik: auch ein Fall der Modernisierung? In: *R. Hettlage* (Hg.), Die Bundesrepublik, München 1990, S. 280–96; *K. Müller*, Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften, in: *Leviathan* 19, 1991, S. 261–291; *H. Wiesen-
thal*, Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen in Osteuropa, in: *M. Brie/D. Klein* (Hg.), Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich, Hamburg 1992, S. 162–188; *W. Engler*, Die zivilisatorische Lücke: Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt 1992; *Joas/Kohli* (Hg.), a. a. O.

⁴² So im wesentlichen unten J. Roesler, S. 263 ff.

⁴³ So *R. M. Lepsius*, Überlegungen zu einer künftigen Sozialgeschichte der DDR. Institutionenanalytische Fragestellungen zur DDR-Geschichte. Vortrag im FSP Zeithistorische Studien am 24. 2. 1993.

⁴⁴ So *L. Niethammer*, Strukturen und Erfahrungen. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. Vortrag im FSP Zeithistorische Studien am 28. 10. 1992.

⁴⁵ Vgl. *C. Offe*, Die deutsche Vereinigung als „natürliches Experiment“, in: *B. Giesen/C. Leggewie* (Hg.),

ten Befunden wird man nicht stehenbleiben dürfen. In bezug auf die These von der staatlich-politischen Mitkonstituierung vieler sozialer Verhältnisse in der DDR wird man die weiterführende Frage stellen, was in der staatlichen Konstruktion der DDR-Gesellschaft *nicht* aufging: weil es aus älteren Konstellationen weiterlebte, weil Neues in Reaktion auf die staatlichen Steuerungsabsichten entstand, weil sich die Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse gegen staatlich-politische Steuerung sträubte und Folgen hervorbrachte, die den Steuerungssintentionen zuwiderliefen.⁴⁶ Die Sozialgeschichte der DDR steht noch sehr am Anfang, wenngleich sie sich den reichhaltigen Fundus der sozialwissenschaftlichen DDR-Forschung aus der Zeit vor 1989 nutzbar machen kann.⁴⁷

Weder der Diktaturenvergleich noch der Vergleich mit Hilfe generalisierender Konzepte führt notwendig zur Konzentration auf Deutschland.⁴⁸ Vielmehr geht es langfristig darum, den vergleichenden Blick auf die europäische Entwicklung – im Osten wie im Westen – zu öffnen. Insbesondere der Vergleich mit anderen „realsozialistischen“ Systemen gehört zum Programm des Forschungsschwerpunkts. Dessen Arbeiten werden im vorliegenden Band auf einem sehr frühen Stand vorgestellt, auf dem Stand, der Mitte 1993 nach anderthalbjähriger Tätigkeit – die auch zunächst zu organisieren war – erreicht wurde. Diese Einleitung hat darüber hinaus einige Perspektiven skizziert, die erst in Zukunft realisiert werden können. Die historische Erforschung der DDR kann an wichtige Leistungen anknüpfen, die in den letzten Jahren, vor allem auch vor 1989/90, an den verschiedensten Orten erzielt wurden. Unter den nach 1989/90 radikal veränderten Verhältnissen und Möglichkeiten steht sie gleichwohl noch am Anfang. Das meiste bleibt noch zu tun.

Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991, S. 77–86, hier S. 78; F. Adler, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie 1, 1991, S. 157–175.

⁴⁶ So der weiterführende Vorschlag bei R. Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, demn. in GG.

⁴⁷ Einen Überblick über die westdeutsche DDR-Forschung vor der Wende vermittelt die Festschrift für Hartmut Zimmermann: G.-J. Glaeßner (Hg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988. – Umfassend H. P. Hamacher, DDR-Forschung und Politikberatung 1949–1990. Ein Wissenschaftszweig zwischen Selbstbehauptung und Anpassungszwang, Köln 1991; J. Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1992, S. 383–449: sehr scharfe Kritik mehr an den Wertungen und Paradigmen der DDR-Forschung als an ihren reichhaltigen empirischen Ergebnissen; ähnlich K. Schroeder/J. Staadt, Der diskrete „Charme des Status quo“: DDR-Forschung in der Ära der Spannungspolitik, in: Leviathan 21, 1993, S. 24–63; gelungene Anti-Kritik: S. Menschel, Auf der Suche nach der versäumten Tat, in: ebenda, S. 407–423; anregend: D. Mühlberg, Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16, H. 33, Aug. 1993, S. 7–85. – Demn. H. Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR. Der Sammelband enthält Vorträge und Ergebnisse dreier Tagungen des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte zu diesem Thema.

⁴⁸ Vgl. E. Wolfrum, Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ein neuer zeitgeschichtlicher Forschungsschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk, in: VfZ 40, 1992, S. 155–158.